

Aus Leserbriefen an die Redaktion

Kampftag

Zu *jW* vom 15.4.: [»Antikommunismus zum 1. Mai«](#)

Ein schlechtes Zeichen zum bevorstehenden 1. Mai kommt vom DGB Leipzig. Während es gerade in diesem Jahr zu einem großen, von der Regierung geplanten Sozialabbau kommen soll, zieht ein Teil des DGB eine »Trennlinie« gegenüber »kommunistischen Organisationen«. Betrachtet sich der DGB nicht mehr als Vertreter der gesamten arbeitenden Bevölkerung, verliert er den Kontakt zu der arbeitenden und bereits arbeitslos gewordenen Bevölkerung? Die einstige Arbeiterbewegung ist schon lange keine einheitliche Bewegung mehr, da sich große Teile dem imperialistischen Regierungstrend angedient haben. Es gibt Ausnahmen, aber durch die »Extremismusprävention« können Mitglieder jederzeit reglementiert, d. h. in ihrer Meinungsäußerung eingeschränkt werden.

Am 1. Mai ist die wichtigste Gelegenheit, Klartext zu reden und keine sogenannten antikommunistischen Äußerungen der Redner zu fordern. Der 1. Mai muss ein Kampftag bleiben, gerade jetzt, wo durch fadenscheinige »Argumente« die Militarisierung der Gesellschaft vorangetrieben wird. Der Antisemitismusvorwurf bei gerechter Kritik an völkerrechtswidrigen Angriffen auf um ihre Rechte kämpfende Völker darf nicht in der Arbeiterbewegung, die es ja immer noch gibt, Einfluss gewinnen.

Redefreiheit, im GG verankert, ist ein hohes Gut, und die Gewerkschaften haben die Aufgabe, sich kritisch zu äußern gegenüber offensichtlichem Völkermord und Vertreibung von Menschen aus ihren angestammten Ländern. Die Arbeiterbewegung war einst entscheidend für die Entstehung sozialer Sicherungssysteme, aber ohne Kampf wäre eine soziale Demokratie nicht entstanden. Statt für Militarismus ist für gerechte Löhne, bezahlbaren Wohnraum und gerechte Gesundheitsversorgung zu kämpfen!

Ich hoffe, dass der DGB das große Forum des 1. Mai nutzt, ohne Ausschluss sogenannter autoritärer Linker zu kämpferischen Aktionen gegen Kriegstreiberei, für einen friedlichen Sozialstaat aufzutreten!

Eva Ruppert, Bad Homburg

»Keim kommunistischer Verwaltung«

Zu *jW* vom 18./19.4.: [»Aus Leserbriefen an die Redaktion«](#)

Ich stimme ja Alfred Müller im Prinzip völlig zu, wundere mich jedoch über die Lenin einschränkende Bemerkung, wonach Räte »anfangs« auch bei Lenin der zentrale Hebel zur Überwindung des Kapitalismus gewesen sind. Der Autor verbindet zwei nicht zusammengehörige Ansichten, wo er schreibt: »Wer sich nur auf Erinnerungen und Kapitalismuskritik stützt, aber ansonsten von der

parlamentarischen Krankheit befallen ist, der bleibt im kapitalistischen Sumpf stecken und betreibt eine eindeutige reformistische Politik.« Ja, man darf sich nicht »nur auf den bürgerlichen Parlamentarismus berufen«. Es bedarf außerparlamentarischer Räte, die zu dem gegebenen Umwälzungsprozeß als Machtorgane in Aktion treten. Und hier lässt Alfred Müller mit »Erinnerung« die Geschichte außer acht.

Sogar bei der KI steht sachlich: »Sowjet« bedeutet auf deutsch direkt übersetzt »Rat«. Es handelt sich um ein russisches Wort (совёт), das historisch als Bezeichnung für die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte während der russischen Revolutionen (1905, 1917) entstand und später die Verwaltungs- und Machtorgane der Sowjetunion (UdSSR) bezeichnete.« Ich darf daran erinnern, dass die Machtorgane in der DDR gemäß dem historischen Materialismus Räte der Gemeinden, der Städte, der Bezirke waren und dass es zentral schließlich den Ministerrat gab. Heute sind alles Ämter.

Ich war u. a. in einem Rat des Stadtbezirks mitverantwortlich für regelmäßig periodische Zusammenkünfte mit den Wohnbezirksausschüssen der Nationalen Front über eng systematisch geführte Kontakte mit Begehungen und Rechenschaftslegungen in den Wahlkreisaktivtagungen zwischen den entsprechend regional territorialen Wahlen. Hierbei handelte es sich um die logische Fortführung der Rätebewegung. Sie stellten in der Struktur und mit inhaltlich konkreten Informationen an die örtlichen Stadt- bzw. Kreisleitungen der SED die territoriale Basisdemokratie im Sinne von »communis« – als Keim kommunistischer Verwaltung dar.

Heinz-Joachim Reiß, Berlin

»Kleine DDR als große Sportnation«

Zu jW vom 17.4.: [»Die Bürger müssen dahinterstehen«](#)

Dietmar Bartsch sollte bei seiner Begeisterung für Olympia daran erinnert werden, dass nach 1990 das überaus erfolgreiche Sportsystem der DDR und oft deren Sportstätten aus ideologischen Gründen nach und nach brutal zerstört worden sind. Ich fand es sehr gut, dass Berlin bei der 1992er Bewerbung für die Olympischen Spiele im Jahr 2000 krachend scheiterte, genauso wie Leipzig als Olympiaort 2012. Bei der kleinen DDR als großer Sportnation wurde bewusst alles abgewickelt. Deshalb ist es bei den Abstimmungen für viele Entwicklungsländer auch eine Frage der Solidarität gewesen, niemals die großen Leistungen der DDR zu vergessen. Es sind doch einige IOC-Mitglieder gewesen, die an der Deutschen Hochschule für Körperkultur in Leipzig studierten. Zerstört im Januar 1991. 4.700 akademisch ausgebildete Trainer und Übungsleiter erhielten Berufsverbot. Kinder- und Jugendsportschulen wurden einfach dichtgemacht. Athleten, Trainer, Sportmediziner und Sportpräsident Manfred Ewald wurden sogar strafrechtlich verfolgt. Egon Krenz als *Spiegel*-Bestsellerautor bin ich dankbar, in seinem Buch diese Informationen gelesen zu haben. Ärger wird sich Ines Geipel!

Gerd-Rolf Rosenberger, Bremen

Der 1. Mai muss ein Kampftag bleiben, gerade jetzt, wo durch fadenscheinige ›Argumente‹ die Militarisierung der Gesellschaft vorangetrieben wird.

<https://www.jungewelt.de/artikel/521431.aus-leserbriefen-an-die-redaktion.html>